

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Schö. Staatsbank, Dresden,  
Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, A. G., Dresden,  
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Schwamm-igenetzlicher Art ist es durch oben angegebenen Mittel, bei der Beizung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Vorkauf von Ersatzblätter über auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnements einschließlich Prämien mit der nächsten Unter-  
schreibungsfrist: 2,00 M., vierteljährlich 1,10 M., Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

**Veröffentlichung:** Mittwochs 10, Donnerstags 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 1. bis 3. August  
**Veröffentlichung:** Mittwochs 10, Donnerstags 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 1. bis 3. August

**Abonnementspreis:** Grundpreis: die 30 mal breite Nonpareille-  
zeile 15 Pf., die 30 mal breite Kleinzeile 20 Pf., für auswärts  
Anzeigen 40 Pf., und 250 Pf., Familienabgabe, Stellen- und Anzei-  
gelände 40 Pf., Abgabe für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 162

Dresden, Freitag den 13. Juli 1928

39. Jahrg.

## Die Lohnsteuererleichterung

Von Wilhelm Kreis

Der Reichstag hat (s. Bericht) am Donnerstag die  
Senkung der Lohnsteuer um 10 Prozent mit  
210 gegen 188 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen  
angenommen. Die Kommunisten stimmten mit  
Nein.

Diese Änderung der Gesetzesbestimmungen über die  
Lohnsteuer bedeutet eine Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen  
um 132 Millionen Mark im Jahr. Davon entfallen  
etwa 20 Millionen auf die neu eingeführte Abmilderung des  
der Steuer unterliegenden Einkommenbetrages, der Rest auf  
die Erhöhung des an der Lohnsteuer vorzunehmenden Abzugs  
von 15 auf 25 Prozent. Für den einzelnen Lohnsteuerpflichtigen  
ergibt sich aus dieser Senkung nur eine geringe Entlastung.  
Trotzdem konnte sie nur im heftigsten Kampfe  
durchgesetzt werden.

In diesem Kampfe schied sich die Mehrheit nicht nach  
Klassen- oder Regierungsgemeinschaft, sondern nach den  
wirtschaftlichen Interessen. Die Vertreter der  
Rechtsintelligenz, deutschnationale, Deutsche Volkspartei und  
Wirtschaftspartei, zu denen sich aus parlamentarischen Eigen-  
tümern noch die Liberale Partei gesellte, auf der einen  
Seite Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten auf der  
anderen Seite. Gewiss drängen sich auch beim Zentrum und  
den Demokraten die Wirtschaftsinteressen vor, aber diese Parteien  
haben doch noch auf größere Schichten von Lohn- und Gehalts-  
empfängern Rücksicht zu nehmen. Darum schlossen sie sich  
nach langen Verhandlungen der sozialdemokratischen Forder-  
ung an sofortige Senkung der Lohnsteuer an.

Wo aber standen die Kommunisten in  
diesem Kampfe? Bei der gefangenommenen Partei-  
gliederung sollte man glauben: an der Seite der Sozial-  
demokratie, an der Seite der Arbeiterklasse. In Wirklichkeit  
erhielten sie sich anders. Sie marschierten an der  
Seite der Großagrarier und Schwerindustriellen, sie unterstützten die Trustherren.  
Sind es auf die Kommunisten angekommen, so wäre die  
Lohnsteuererleichterung, entsprechend den Wünschen der Herren  
Lohngeber, Augenberg, Becker (Hessen) und Genossen ver-  
weigert worden.

Es handelt sich hier um eine proletarische An-  
erkennung in vollstem Sinne des Wortes. Die  
Angehörigen der Parteien standen sich in floren Linien gegenüber.  
Erst die Nationalsozialisten erkannten, daß sie es bei diesem  
Angriff der Herrscher nicht wagen durften, gegen die  
Kommunisten aber taten es. Entscheidend für sie war nicht die  
Verantwortlichkeit des Zuständnisses an die Lohnsteuerpflichtigen.  
Sie selbst beantragten z. B. die Aufhebung der Zucker-  
steuer, die für das ganze deutsche Volk eine Entlastung um  
10 Millionen Mark bedeuten würde. Es kann also nichts  
Klassentypisches sein, wenn die Lohnsteuer um 132 Millionen  
Mark gesenkt wird, wovon nur ein kleiner Bruchteil auf die  
vermögende Einkommenssteuer entfällt. Nein, es war der Haß  
gegen die Sozialdemokratie, der die Kommunisten  
antrieb, den Lohnsteuerpflichtigen eine Widerung der Steuer-  
last zu verweigern, die den bürgerlichen Mittelparteien  
in ihren Auseinandersetzungen abgerungen worden war.

Das macht blind. In ihrer Blindheit wählten die  
Kommunisten mit dem Hinweis auf frühere sozialdemokrati-  
sche Anträge die Arbeiterklasse kopfschüttelnd zu können.  
Gewiss hat die Sozialdemokratie früher weitergehende An-  
träge gestellt. Heute noch hält sie, wie ihr Vertreter Dr.  
Berth im Reichstag ausgeführt hat, diese Anträge schlicht  
für richtig. Sie hätte aber den Lohnsteuerpflichtigen mit  
der Zustimmung zu diesen von den Kommunisten wieder auf-  
genommenen Anträgen nicht einen Cent geschenkt, sondern nur  
ein Verständnis gefordert, das sie den Mittelparteien  
abgekämpft hatte. Vor die Frage gestellt: für einen weiter-  
gehenden Antrag zu stimmen, der keine Aussicht auf Annahme  
hatte, und damit den ganzen Erfolg zunichte zu machen, oder  
auf den Abstimmungsseffekt zu verzichten und die Entlastung  
der Lohnsteuerpflichtigen in Sicherheit zu bringen, wählte die  
Sozialdemokratie auf die Sicherung des Erfolges bedacht sein.

Die Kommunisten stellen sich einseitig als sie sind.  
In dem Kampfe um die Amnestie in diesem Frühjahr er-  
kannten sie, daß man, wenn man selbst die Mehrheit nicht  
besitzt, Vereinbarungen mit anderen Parteien treffen  
muss, um Mehrheitsbildungen zustande zu bringen. Sie  
waren damals so bedenkenlos, mit dem deutschnationalen  
Mittelstand Eberling ein Bündnis abzuschließen, das  
den verurteilten Fremden die Freiheit bringen  
sollte. Hier, wo es sich um die Interessen der breiten Ar-  
beitermassen handelt, beschimpfen sie die Sozialdemokraten  
als „Verräter“, weil sie mit bürgerlichen Parteien gemein-  
sam die Erleichterung der Lohnsteuer beschließen. Der einfachste  
Mittel Arbeiter versteht es, daß die Sozialdemokratie gegen-  
über einer Bürgerblockregierung, die auf die sozialdemo-  
kratischen Forderungen keinerlei Rücksicht nimmt, ihre eigenen  
Anträge vertritt, daß sie dagegen, wenn sie die Möglichkeit  
hat, durch Verständigung mit anderen Parteien einen mate-  
riellen Vorteil für die Arbeiterklasse zu er-  
zielen, auch bereit sein muss, ihre eigenen Forderungen teil-  
weise zurückzustellen.

Die Deutschnationalen glaubten in der Taktik der  
Sozialdemokratie eine Rechtfertigung ihres Vorgehens  
an den Sparern erblickt zu können. Die Deutschnationalen

übersehen dabei den kleinen Unterschied, daß sie selbst die von  
ihnen bei der früheren Wahl gemachten Versprechungen im  
Reichstag bekämpft und die Mehrheit für eine bessere Auf-  
wertungsgeheißung, die sie bilden konnten, nicht ge-  
bildet haben, während die Sozialdemokratie sich nur ein-  
seitig mit dem Erreichbaren begnügt, weil sie für ihre volle  
Forderung eine Mehrheit nicht erreichen kann.

Trotz dem tatsächlichen Verrat der Arbeiterinteressen  
durch die Kommunisten hat die Sozialdemokratie im heißen  
Kampfe einen Erfolg erzielt. Der Verlauf dieses Kampfes  
hat die Lage bisshertig beleuchtet. Ihre Beteiligung an der Re-  
gierung hat die Sozialdemokratie nicht gebindert, mit anderen  
an der Regierung beteiligten Parteien scharf die Klinge zu  
kreuzen, um den breiten Massen der wirtschaftlich Schwachen  
in Stadt und Land zu dienen. Wie nicht anders zu erwarten,  
ist in diesem Kampfe die deutschnationale Opposition an die  
Seite der mitregierenden Deutschen Volkspartei getreten, um  
den wirtschaftlich Schwachen die kleine Entlastung zu verlagern.  
Daß auch die Kommunisten sich diesen Gegnern der arbeiten-  
den Schichten angeschlossen haben, wird vielen die Augen  
öffnen.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie auch ferner-  
hin gegen die geschlossene Phalanx der Arbeiterfeinde auf der  
Rechten und der Kommunisten zu kämpfen haben wird. Das  
wird sie nicht hindern, sondern erst recht anspornen, ihren  
Kampf zu stellen!

## Kommunistische Auseinandersetzungen

D. Stettin, 12. Juli. (Eig. Bericht.)

Innerhalb der KPD. Komintern hat die nötige Dis-  
ziplinierung der Bewegung in der letzten Zeit zu schweren  
Auseinandersetzungen geführt. Auch die grundsätzliche  
Veränderung des Stimmzettelgesetzes bei den letzten Wahlen hat  
nicht zu verändernden Vermutungen, daß die Brüderlichkeit äußerst hart und  
heiß und beinahe von einer Spaltung geteilt werden kann, die immer  
näher herankommt.

Erst unlängst wandte sich eine Reihe führender Funktionäre  
mit aller Entschiedenheit gegen den selbstredenden Kampf, der von  
den kommunistischen Zentren immer offener, ungewandter und  
schärfer gegen die Gewerkschaften entfesselt wird. Dieser Tage  
trat nun in Stettin eine Unterabteilung zur Erörterung  
des Wahlgesetzes zusammen. Die Beratungen, die äußerst  
lebhafte verlaufen, dauerten viele Stunden. Schon daraus ergibt  
sich, wie heftig gefochten wurde. Von zahlreichen Delegierten wur-  
den die schärfsten Vorwürfe gegen die ebenfalls kindliche wie  
surachliche Taktik der Parteiführung erhoben. So-  
bald festlag, was auch die Angriffe gegen das Vorkommen des  
Kommunistenbundes, der keine revolutionären Funktionen  
mit Gewerkschaften, Schlägertruppen, Kräfte und Taktik zu erfüllen  
versuche. U. a. wurde festgestellt, daß die schweren Zusammenstöße

die man während des Wahlkampfes bis in die letzte Zeit hinein  
erleben mußte, von KPD-Leuten angezettelt worden sind.

Die Kritiker haben zwar noch nicht die Parole des Austritts  
aus der Organisation der KPD ausgegeben, aber sie haben mit  
aller Schärfe die Nordlaten und widerlichen Kampfposition fest-  
genagelt und verdammt. Ihr Urteil ging dahin, daß die vom KPD-  
geräten Verbrechen nicht ganz zu Unrecht vor allem von der Land-  
bevölkerung der KPD. angeschrien worden seien. Daraus erklärte  
sich die auf dem Lande erlassene Wabindeverlage. Insbeson-  
dere hierüber kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, die  
nahe zur Sprengung der Unterabteilung geführt hatten. Dem  
Bezirkssekretär, Reichstagsabgeordneten Strödel, wurde in reichlich  
eher Form beigebracht, daß nicht Kadav und revolutionäre Phrasen,  
sondern Verteidigung tüchtiger Arbeiterinteressen im Mittelpunkt  
des Interesses auch der radikalen Arbeiterklasse stehen.

## Nachung des Krieges

Deutsche Antwort an Amerika

Die Antwortnote der Reichsregierung  
auf das Vorkaufangebot des amerikanischen Staatssekretärs  
Kellogg hat folgenden Wortlaut:

„Unser Exzellenz bestatigt ich den Empfang der Note  
vom 23. Juni d. J. über den Abschluß eines internatio-  
nalen Paktes zur Vermeidung des Krieges und beehrt mich,  
darauf im Auftrage der deutschen Regierung folgendes zu er-  
widern:

Die deutsche Regierung hat die Ausführungen der Note  
und den ihr beigefügten revidierten Entwurf des Paktes mit  
größter Sorgfalt geprüft. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß  
der in der Note dargelegte Standpunkt der Regierung der Ver-  
einigten Staaten von Amerika der grundsätzlichen deut-  
schen Auffassung entspricht, wie sie in der Note vom  
27. April d. J. mitgeteilt wurde. Auch mit den Änderungen in  
der Präambel des Entwurfs des Paktes ist die deutsche Regierung  
einverstanden. Sie freut sich daher, erklären zu können,  
daß sie von dem in der Note unserer Exzellenz vom 23. Juni ent-  
haltenen Darlegungen der Regierung der Vereinigten Staaten  
von Amerika Akzeptanz, daß sie der Auslegung zu-  
stimmt, die darin den Bestimmungen des in Aussicht ge-  
nommenen Paktes gegeben wird, und daß sie demgemäß bereit ist,  
diesen Pakt in der jetzt vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen.“

Die Antwort der deutschen Regierung gibt auf die ihr  
von dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg gestellte Frage  
eine präzise Antwort. Sie sagt klar und deutlich, daß  
Deutschland sich grundsätzlich der Auffassung Ame-  
rikas über die Auslegung des Kellogg-Paktes anschließen und  
ihm zustimmt. Was sonst zu den Absichten der amerikanischen  
Regierung angeht zu werden braucht, ist bereits in der Note der  
Reichsregierung vom 23. April niedergelegt worden. Es er-  
übrigt sich deshalb, zu dem Kellogg-Pakt noch mal in aller  
Ausführlichkeit Stellung zu nehmen.

## Die deutsch-französischen Beziehungen

Rheinlandräumung und Schuldentilgung

P. Paris, 12. Juli. (Eig. Drahtber.)

Der deutsche Vorkauf v. Soeich hatte am Donner-  
stag eine Unterredung mit dem französischen Ministerprä-  
sidenten. Soeich gab zunächst einige Aufklärungen über die  
deutsche Regierungsbildung. Hierauf wurden —  
wie ein Kommunique der Volkskraft mitteilt — in der Unter-  
haltung die deutsch-französischen Beziehungen  
in ihrer Gesamtheit besprochen.

Inwieweit in der Unterredung auch die Rheinland-  
frage erwähnt wurde, geht aus der französischen Presse  
nicht hervor. Immerhin versucht die französische Linkspresse,  
die Rheinlandfrage weiterhin in den Mittelpunkt des Inter-  
esses zu stellen. In der Volonté wird z. B. am Donnerstag  
davor gewarnt, die Besetzung in unzulässiger Weise auszu-  
nutzen. Die Besetzung hätte lediglich den Zweck, die Durch-  
führung der Entwaffnung und die genaue Beobachtung  
der von Deutschland eingegangenen Reparationsver-  
pflichtungen zu sichern. Die Entwaffnung sei aber er-  
folgt, und es könne höchstens noch die Rede von der Errichtung  
einer internationalen Kontrolle für die Rheinland-  
zone sein. In keinem Falle aber könne man sich etwa dar-  
auf stützen, daß erst die Ostfrage geregelt werden sollte  
oder Frankreich seine Festungen ausbauen müsse. Die erstere  
Auffassung sei nach Locarno juristisch unhaltbar, und  
was die Festungsbauten beträfe, so könne man ja dann ein-  
fach die Bauten dauernd verzögern, um die Besetzung recht-  
fertigen zu können. Schwieriger läge die Frage in bezug auf  
die Reparationen. Jedenfalls sei das deutsche Ver-  
langen auf die Verletzung einer Endsumme  
vollkommen gerechtfertigt.

P. Paris, 13. Juli. (Eig. Drahtber.)

Der gestrige Besuch des deutschen Vorkaufers in Paris  
bei Poincaré gibt dem Exzellenz Anlaß zu der Behaup-  
tung, daß nun die Frage der Revision des Dawes-  
Plans in eine neue Phase eintreten werde. In der näch-  
sten Woche würden der Generalagent für die deutschen Re-  
parationszahlungen, Pariser Gilbert, der amerikanische

Schatzkanzler Mellon, der Präsident der Federal Reserve-  
bank, Strong, und endlich der Bankier Morgan in  
Paris erwartet. Es würde bei dieser Gelegenheit ein bedeu-  
tender Meinungs-austausch stattfinden. Namentlich  
Pariser Gilbert werde mit Energie sowohl bei Poincaré wie  
auch bei Briand auf eine Revision des Dawes-  
Plans drängen. Siderlich würde man erklären, daß nun  
auch die Reichsregierung mit einem entsprechenden  
Antrag hervortreten werde. Frankreich, so schreibt das Blatt  
weiter, habe an der Frage insofern ein großes Interesse, als  
im Jahre 1929 in seinem Schuldnerverhältnis zu Amerika ein  
kritischer Punkt eintrete. In diesem Jahre sei nämlich  
die Handelschuld fällig. Frankreich müsse sich also  
entscheiden, ob es diese Schuld teilweise in bar ertrichte, oder  
ob es das Mellon-Veranger-Abkommen ratifizieren wolle.  
Poincaré würde die Ratifikation nur dann vom Parlament  
verlangen können, wenn er von vornherein sicher sei, daß die  
Vereinigten Staaten als Gegenleistung dafür eine  
Revision der gesamten Kriegs- und Re-  
parationsschulden billigen, die natürlich schon vorher  
von den interessierten Mächten geregelt werden müßte. Aus  
allen diesen Gründen sei also eine starke Verhand-  
lungsbereitschaft auf finanziellem Gebiet zu  
erwarten.

P. Paris, 12. Juli. (Eig. Drahtber.)

Das Finanzministerium hat am Donnerstag ein  
Kommunique über die deutschen Natural-  
lieferungen veröffentlicht, in dem mitgeteilt wird, daß in  
der Zwischenzeit für das kommende Jahr weitere Natural-  
lieferungsverträge abgeschlossen worden sind und neue Verträge  
nur noch ins Auge gefaßt werden können, wenn sich bei der  
Ausführung des einen oder anderen der bisherigen Verträge  
Schwierigkeiten bieten. Angesichts der starken Nach-  
frage liege sich — so heißt es weiter — bereits ersehen, daß  
die auf Frankreich entfallenden Lieferungen auch für das  
nächste Jahr voll in Anspruch genommen werden können. Es  
sei infolgedessen der Beweis erbracht, daß die deutschen Lie-  
ferungen ohne Gefährdung der deutschen Währung oder